

VOLKER BOUFFIER,
MdL, Staatsminister,
Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

**„Sicherheitspolitische Herausforderungen
in der erweiterten Europäischen Union“**

Vortrag an der Andrassy Universität Budapest am 2. Dezember 2004

Magnifizenz,
meine Damen, meine Herren,

ich danke für die freundliche Begrüßung. Es ist mir eine Ehre, heute an der einzigen deutschsprachigen Universität, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Ausland gegründet worden ist, vortragen zu dürfen. Die Andrassy Universität Budapest verkörpert – dies habe ich soeben in das Gästebuch geschrieben – eine großartige Idee: die Idee, dass junge Menschen, Fächer und Nationen übergreifend, ein gemeinsames Europa zu bauen versuchen. Diese Besonderheit der Universität dokumentiert sich schon darin, dass die Veranstaltung in ästhetisch so besonderen Räumen und vor so ausgezeichneten Repräsentanten der Universität stattfindet.

Ich bin ich nicht alleine, sondern mit einer Delegation gekommen, der der Landespolizeipräsident von Hessen sowie die Präsidenten zwei unserer Kommunalen Spitzenverbände (des Hessischen Städtetages und des Hessischen Städte- und Gemeindebundes) angehören. Wir beabsichtigen, eine Reihe von Gesprächen zu führen, um langfristig die bereits gute Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern auf dem polizeilichen und kommunalen Sektor noch zu vertiefen. Dabei habe ich, sehr verehrter Herr Rektor, Ihren Hinweis verstanden, dass Hessen nicht nur Gast sein darf, sondern den Gast- in einen Freundschafts- und, wenn möglich, auch in einen Mitunterstützerstatus überführen sollte. Wir werden uns bemühen! Für diesen Hinweis danke ich Ihnen - und auch noch einmal für die Gastfreundschaft.

Meine Damen und Herren, die Andrassy Universität ist eine deutschsprachige Universität. Deshalb erlaube ich mir, meinen Vortrag auf Deutsch zu halten. Ich hätte auch keine Chance, es in Ungarisch zu

tun. Denn – ich möchte es mit einem Satz des früheren Bundespräsidenten Johannes Rau formulieren – „ich sehe die ungarische Sprache wie meine Frau an: Ich bewundere sie, aber ich beherrsche sie nicht“. Deshalb müssen Sie damit vorlieb nehmen, dass ich deutsch sprechen werde.

Sie haben mir die Aufgabe gestellt, über die sicherheitspolitischen Herausforderungen in der erweiterten Europäischen Union zu sprechen. Ich möchte das Thema in drei Stichworten umschreiben.

1. Der äußere Rahmen der Sicherheit: Die Weltpolitik

Wir müssen uns bewusst werden, dass sich der europäische Kontinent vollkommen verändert hat: 25 Staaten, darunter neu- oder wiedererstandene Länder in der sicherheitspolitischen Region des so genannten „Zwischeneuropa“ (etwa die baltischen Staaten) bilden heute eine Gemeinschaft, die 1951 von Belgien, Deutschland, Luxemburg, Frankreich, Italien und den Niederlanden als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet (und 1957 von den sechs Gründungsmitgliedern um eine Europäische Atom- und Wirtschaftsgemeinschaft erweitert) worden ist (die die 1967 vereinigt wurden). Die EU-25 dokumentiert das Ende der Ost-West-Konfrontation, die Vereinigung Deutschlands und den Zusammenbruch der Sowjetunion, kurz: die Überwindung von Gräben, wie man es vor 1989 niemals für möglich gehalten hätte. Wir Deutschen werden nicht vergessen, dass Ungarn bei dieser Entwicklung eine Schlüsselrolle gespielt hat. Ohne die Entscheidung der ungarischen Regierung 1989, den so genannten „eisernen Vorhang“ zu öffnen, wäre die Entwicklung nicht so schnell und vielleicht auch nicht so positiv verlaufen. Deshalb ist in Ungarn 1989 ein Stück Weltgeschichte mitgeschrieben worden.

Bis 1989/90 war unsere Welt geordnet: Es gab den Westen, es gab den Osten. Und es gab Führungsmächte, unter deren Schutz zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland ein besonderes Dasein fristen konnte: Wir konnten weltweit wirtschaftlich aktiv sein, ohne internationale Verantwortung – etwa in Sicherheitsfragen – übernehmen zu müssen. Das ist uns nach dem Ende des „Zeitalters der Konfrontation und der Teilung“, das in der (von der KSZE am 21.11.1990 verabschiedeten) Charta von Paris ausgerufen worden ist,

nicht mehr möglich: Nicht nur haben sich die dominanten Lagefaktoren der europäischen Sicherheitspolitik verändert. Auch die mit der Pariser Charta vereinbarten Grundsätze europäischer Politik, die Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit zu gründen, nehmen uns – uns als Mitglied der Europäischen Union - in die Pflicht. Dabei ist die Frage der Sicherheit in Europa noch keineswegs gelöst. Vielmehr fangen wir gerade erst an, sie ernsthaft zu diskutieren. Wir tun dies im Lichte von Entwicklungen, die uns, wie die gegenwärtigen Geschehnisse in der Ukraine, Sorge machen müssen, weil sie gefährlich sind und zeigen, dass wir geschlafen haben: Es war falsch, dass wir nur nach Moskau und nicht auch auf das flächenmäßig zweitgrößte Land des europäischen Kontinents, auf die Ukraine geschaut haben, deren schwierige Geschichte den nordöstliche Teil des Landes nach Russland, den westlichen nach Mitteleuropa orientiert sein lässt. Wir haben einen furchtbaren Krieg im Kosovo, in Serbien und Bosnien erlebt, der bislang nicht durch einen Zustand des Friedens, sondern lediglich durch einen Zustand des ‚Nichtkriegs‘ abgelöst worden ist: In ihm wird Wiederaufbauhilfe geleistet (auch z.B. durch Polizei- und Verwaltungsbeamte aus Hessen), steht aber stets zu befürchten, dass die Auseinandersetzungen in jenem Augenblick wieder beginnen werden, in dem sich die internationale Gemeinschaft (auch die UN und die NATO) aus dem Gebiet zurückziehen wird.

Die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien und in der Ukraine zeigen, dass Europa größer und zugleich enger geworden ist: Es ist zusammengewachsen; manche Grenze ist gefallen. Doch zugleich sind wir auch an Krisenbereiche herangerückt, im Blick auf die wir noch keine Lösungen haben. Wir müssen nüchtern sehen, dass die Europäische Union aus den Entwicklungen im ehemaligen Jugoslawien nicht gestärkt hervorgegangen ist und dass sie auch in der Ukraine keine bedeutende Rolle spielt, trotz der klugen Vermittlungsversuche von Javier Solana. Die großen „Player“ in Europa sind nach wie vor Russland und die USA. Und sie werden es so lange sein, so lange man sich in Europa nicht klar darüber ist, was man leisten will und kann, wozu man bereit und fähig ist. Dass zum Beispiel amerikanische Soldaten in Mazedonien stehen, dokumentiert, dass wir Europäer Sicherheit nicht alleine leisten können. Andererseits sind wir sind an vielen Stellen der Welt präsent (Ungarn engagiert sich zurzeit noch im Irak; in Afghanistan ist die Bundeswehr und sind Polizeibeamte auch aus Hessen tätig).

Zugleich wissen wir, dass sich etwa die Länder im Kaukasus, die zur Russischen Föderation gehören, aber auch selbständige Länder, wie Georgien, ein massives Tätigwerden der Europäischen Union erhoffen. Wir müssen uns fragen, ob dies unsere Aufgabe ist, wo überall wir uns engagieren wollen und können, ohne uns zu übernehmen, und in wieweit wir uns auf uns selbst zurückzuziehen vermögen.

Antworten auf diese Fragen verlangen natürlich als *conditio sine qua non*, dass wir uns erst einmal darauf verständigen, wo denn eigentlich die Grenzen der Europäischen Union verlaufen sollen. Wir diskutieren zurzeit engagiert, ob die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden soll. In allen Ländern Europas steht die Bevölkerung mehrheitlich einem Beitritt negativ gegenüber. Die meisten Regierungen, auch die der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, dagegen befürworten ihn. Man kann durchaus zu unterschiedlichen Meinungen kommen. Aber man muss sehen, dass die Außengrenze der EU mit dem Beitritt der Türkei, die dann das bevölkerungsreichste und größte Land Europas sein wird, zum Irak, zu Syrien und Armenien hin verschoben wird. Dies wirft eine Reihe von Fragen auf, für die wir aus meiner Sicht bis heute keine Antwort haben: in erster Linie die politische Frage, ob Europa dann nur ein Staatenbund sein wird, der bestimmte wirtschaftliche Interessen hat, oder ob wir aus diesem Staatenbund ein integriertes Europa gemacht haben werden, das - als ein „Raum des Friedens, des Wohlstands, des Rechts und der Freiheit“, so die vier großartigen Ziele der EU – Sicherheit verbürgen kann.

Ich glaube nicht, dass wir diese Ziele in überschaubarer Zeit realisieren und eine schlagkräftige Sicherheitsorganisation unterhalten können. Ich glaube, wir brauchen die Nato – die einzige funktionierende Organisation auf dieser Erde, die Sicherheit garantieren kann, Sicherheit im Sinne von ‚wenigstens nicht Krieg‘. Ich bin stellvertretender Leiter der Deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO, in der wir deren Rolle im Blick auf die EU und die Frage diskutieren, ob wir als Europäer einen eigenständigen Sicherheitsauftrag wahrnehmen können. Weil ich mir nicht vorstellen kann, dass wir in der EU-25 die politische und wirtschaftliche Kraft haben werden, im Konsens eine Verteidigungsgemeinschaft aufzubauen und aufrecht zu erhalten, glaube ich, dass die EU die NATO braucht – und die NATO die USA sowie auch Kanada. Denn noch nicht einmal 40 % der Mittel,

die die USA in die NATO investieren, bieten heute die übrigen Staaten auf. Wir wären nicht in der Lage, entsprechende Kapazitäten aufzubauen. So haben wir zum Beispiel in der Bundesrepublik schon heute nicht die Kraft, nur die für unsere Einsätze ‚out of area‘ notwendige Logistik zu entwickeln.

Das aber heißt: Weltpolitik ist der äußere Rahmen der Sicherheit, der uns in der erweiterten EU besonders beschäftigen muss.

Ich komme zu einem zweiten Stichwort:

2. Die zentrale Herausforderung: Der internationale Terrorismus

Seit etwa zwei, drei Jahren sprechen wir, in der letzten Zeit verstärkt, von einer Bedrohung, die man zwischen der klassischen militärischen Bedrohung, Kriminalität und Glaubenskrieg ansiedeln kann (wir nennen dies in der Fachsprache eine „asymmetrische Bedrohung“, bei der sich Staaten oder Gesellschaften einer Gefährdung durch nicht-konventionelle Mittel ausgesetzt sehen). Es handelt sich natürlich um die Bedrohung durch den Islamistischen Terrorismus. Dieser Bedrohung zu begegnen, stellt heute eine Kernaufgabe der europäischen Sicherheitspolitik dar. Die Frage lautet: Wie können wir die Menschen gerade auch in Europa so sichern, dass sie nicht Opfer von Terroristen werden, die im Namen der Religion, des Fanatismus, des Extremismus andere töten und dabei – finanzielle, ideelle und logistische - Unterstützung in einer ganzen Reihe von Ländern (etwa des Vorderen und Mittleren Ostens, Afghanistan, Pakistan, dem Sudan, Kenia, den Philippinen und im Bereich der ehemaligen Sowjetunion wie Tschetschenien) finden? Die mit ‚Al Qaida‘ bezeichnete Bewegung, die man mit mindestens 20 000 Kämpfern ansetzen kann, wird uns nach meiner Überzeugung noch die nächsten zehn Jahre, wenn nicht länger, beschäftigen. Es gab, wie Sie sich erinnern werden, eine ganze Fülle von Anschlägen mit schlimmsten Folgen, die wir auf sie zurückführen können, in Europa zum Teil allerdings nicht richtig wahrgenommen haben: etwa in Marokko, dem Sudan, in Istanbul, Bali und Tunesien. Auch Europa – etwa Spanien (das zeigten uns die Anschläge von Madrid am 11. März 2004) und die Bundesrepublik Deutschland – ist als Anschlagort ausdrücklich benannt, somit in weiten Teilen ein hoher „abstrakter Gefährdungsraum“. Dieser Ausdruck ist sehr

technisch. Er besagt, dass wir immer mit Anschlägen rechnen müssen, ohne einen Hinweis darauf zu haben, dass unmittelbar etwas geschehen wird. Das ist für die Polizei und die Geheimdienstorganisationen eine schwierige Situation. Einer nichtaktuellen Gefahr stehen die Menschen nämlich eher gleichgültig gegenüber.

Doch die Gefahr besteht und kann nach meiner Auffassung weder per Dialog noch mit Entwicklungshilfe bekämpft werden. Denn die Personen, um die es geht, kämpfen für eine andere Welt im Namen einer Religion, die sie für die einzig wahre halten, dem Islam. Manchmal mischt sich diese Überzeugung mit Machtansprüchen, auch mit brutalen Vermögensansprüchen, mit Geld. Aber vor allen Dingen mischt sie sich mit einem Sendungsbewusstsein, das in Selbstmordattentaten seinen Ausdruck finden kann und für uns kaum nachvollziehbar ist. Mit Menschen, die ein Sendungsbewusstsein haben, das vor dem Leben – dem Leben anderer, aber auch dem eigenen - nicht Halt macht, kann man keinen Dialog führen oder Partnerschaften aufbauen. Sie zwingen uns, gleichsam technisch vorzugehen und (a) geeignete Maßnahmen der Prävention sowie (b) für den Fall, dass die Prävention versagt, der Fahndung zu entwickeln und schließlich und grundlegend (c) für Integration zu sorgen.

a) Die Herausforderung durch den internationalen Terrorismus ist neu. Sie verlangt, alles ernst zu nehmen, ohne die Menschen in Panik zu versetzen. Sie fordert vor allem dazu auf, im Außen- wie im Innenbereich - durch Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten und durch Aktivitäten vor Ort - zu tun, was kluge Sicherheitspolitik immer tun muss: Zu erkennen, was geschehen kann, um zu verhindern, dass es geschieht. Es kommt also darauf an, einerseits durch Zusammenarbeit mit den Staaten, in denen sich Gefährder aufhalten, möglichst früh zu erkennen, was sie tun, um sie rechtzeitig aus dem Verkehr ziehen zu können, und andererseits gleichzeitig alles unternehmen, um zu verhindern, dass sie zu uns kommen. Ich füge hinzu: Es sind schon viele hier und es ist nicht leicht, diese Herausforderung zu meistern. Dies gilt vor allem dann, wenn mehrere Tatgelegenheiten zusammenkommen, wie es in Hessen, dem Land, das ich vertrete, mit Frankfurt der Fall ist: Frankfurt am Main ist nicht nur die einzige Stadt in Europa, die eine Hochhauskulisse hat. Sie hat einen Ausländeranteil von 13 %, wobei der Ausländeranteil im engeren Rhein-

Main-Gebiet auf bis zu 35 % ansteigt, teilweise bei einem Milieu, in dem niemand auffällt. Und in ihr liegt der größte Flughafen des Kontinents, den bis zu 200.000 Fluggäste pro Tag passieren und auf dem rund 65.000 Menschen arbeiten, davon über 3.500 dort, wo die Flugzeuge stehen. Kommen mehrere Tatgelegenheiten dieser Art zusammen, so ist die Polizei, wie wir in Hessen sehen, stark gefordert: Der Objektschutz zum Beispiel nimmt viel Personal in Anspruch, das wir an anderen Stellen nicht einsetzen können.

In der Bundesrepublik wurde vor kurzem eine Diskussion über die so genannten ‚Schläfer‘ geführt, d.h. über Terroristen, die sich lange unauffällig in einem Land aufhalten, um dann plötzlich irgendwo zuzuschlagen. Diese Diskussion ist beflügelt worden durch die Anschläge von Madrid. Ich habe immer gesagt: Es ist falsch, anzunehmen, sie seien erst jetzt nach Europa gekommen. Vielmehr gilt: Sie waren schon lange da! Entsprechendes konnten wir in Hessen schon vor den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 erfahren: Ende 2000 haben wir im Zentrum Hessens, in Frankfurt, vier Personen festnehmen können, die einen Terrorakt auf den Straßburger Weihnachtsmarkt geplant hatten und später in Frankfurt abgeurteilt wurden. Sie hatten Verbindungen nach Oberitalien, Frankreich und in das Vereinigte Königreich und gehörten zu der Gruppe der so genannten ‚nonaligned-Mujaheddin‘. Diese nonaligned-Mujaheddin denken in die gleiche Richtung wie Al Qaida und sind auch bereit, extremistisch und terroristisch zu handeln. Aber sie agieren relativ selbständig, manchmal im Kontext mit anderen Personen, aber häufig auch alleine – und sie besitzen, wie wir sehr deutlich sehen, Verbindungen zur Organisierten Kriminalität sowie ein Sympathisanten-Umfeld, in dem man bereit ist, Wohnungen zur Verfügung zu stellen und Hilfsdienste zu leisten, manchmal ohne genau zu wissen, um was es geht (wie man zumindest sagt).

Die Frage ist, welche Chancen wir haben, Personen zu erkennen, die zunächst unauffällig unter uns leben, aber aus religiösem Fanatismus oder gemeingefährlichem oder kriminellern Handlungshintergrund heraus jederzeit bereit sind, andere Menschen zu töten? Denn wir stehen in diesem Zusammenhang vor dem Problem, dass wir Sicherheit und Freiheit zusammen sehen müssen. Sicherheit und Freiheit bilden keinen Gegensatz. Sie bedingen sich wechselseitig. Sicherheit ohne Freiheit - ich

weise immer darauf hin – ist Diktatur, Freiheit ohne Sicherheit Willkür, Anarchie, Recht des Stärkeren (oder desjenigen, der sich für den Stärkeren hält). Daher gilt es immer wieder abzuwägen, welche Maßnahmen vertretbar und erforderlich sind, um die Freiheit Bürgers zu bewahren. Doch ist zu sehen: Zu verteidigen ist auch die Freiheit des Bürgers, nicht Opfer eines Anschlags und von Kriminalität werden zu müssen!

b) Während auf europäischer Ebene in dieser Hinsicht noch viel geschehen muss, haben wir in der Bundesrepublik Deutschland im Konsens der großen Parteien eine Reihe von Veränderungen eingeführt, die es uns erlaubt, mit Hilfe elektronischer und technischer Mittel bei der Fahndung effektiv zu sein. So haben wir – auf gemeinsamen Beschluss der deutschen Innenminister und –senatoren – unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA eine bundesweite ‚Rasterfahndung‘ nach mutmaßlichen Verdächtigen erfolgreich durchgeführt, in deren Zusammenhang die gesamten Einwohnermeldedaten der Kommunen nach bestimmten Gesichtspunkten überprüft worden sind. Auch die Universitäten waren eingeschaltet. Dabei haben sich allerdings die hessischen Universitäten – einzig sie in Deutschland – geweigert, mir Daten zu geben. Als wir die Präsidenten der Universitäten fragten, wie wir denn anders vorgehen sollten, bekamen die Antwort: Das herauszufinden, dazu seien wir da. Doch ihnen sage ich nun: Wenn die Prävention versagt, gibt es zur Rasterfahndung keine Alternative.

Das bedeutet nicht, dass wir die Menschen unter Generalverdacht stellen. Es bedeutet nur, dass wir die Augen nicht vor dem Umstand verschließen, dass in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen europäischen Ländern zahlreiche Menschen leben, die den Hass predigen und im Namen der einzig wahren Religion andere und sich selbst töten. Denken Sie an den Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh in den Niederlanden. Dieser Mord hat das Königreich, das so stolz war auf seine liberale Tradition, entsetzt und orientierungslos gemacht. Es weiß heute nicht mehr, wo es sich einordnen soll: Rechte Gruppen (und nicht nur die Gruppe um den ermordeten Rechtspopulisten Pim Fortuyn) haben einen großen Zulauf. Wie Sie vielleicht wissen, sitzt in der zweiten Kammer des Niederländischen Parlaments eine Abgeordnete aus Somalia, Ayaan Hirsi Ali, die sich vom Islam losgesagt und öffentlich

ihre Auffassung bekannt hat, dass der Koran ein unheiliges Instrument der Unterdrückung und der Islam eine rückständige Religion sei, die Männern erlaube, Frauen zu schlagen. 2004 drehte sie mit van Gogh einen Film über Misshandlungen von Moslemfrauen („Submission“) und steht jetzt nach dem Meuchelmord an dem Filmemacher auf den Todeslisten an nächster Stelle. Die Frau traut sich nicht mehr in die Öffentlichkeit und wird offiziell vom Staat versteckt. Eine Abgeordnete muss vom Staat vor extremistischen Islamisten geschützt werden. Das ist ein Zustand, den ich nie akzeptieren würde. Natürlich gibt es auch in Hessen eine Reihe von Publikationen, die den Mord an Theo van Gogh als Notwehrmaßnahme auf eine Beleidigung des Islam gerechtfertigt haben. Auch hat es am 11. September 2001 in Hessen Menschen gegeben, die den Einsturz der Türme in New York feierten. Und wir wissen, dass in einigen der Moscheen, die in der Bundesrepublik Deutschland von etwa knapp drei Millionen Moslems besucht werden, sechs-, siebenjährige Kinder von Immanen auf den Heiligen Krieg vorbereitet werden, die aus Ausland kommen und auf Arabisch predigen. Doch tatenlos hinnehmen können und werden wir dies nicht.

c) Dabei kommt es allerdings nicht nur auf angemessene Maßnahmen der Prävention und Fahndung an. Wir müssen uns vor allem um die Integration kümmern: Wir müssen aus den Menschen, die zu uns kommen, Partner für Sicherheit machen. Da stimmen wir in der Bundesrepublik Deutschland politisch überein. Wir wissen, dass es in den Städten keine ‚No-go-areas‘, d.h. keine rechtsfreie Räume geben darf. Eine gelungene Integration ist auch ein notwendiges Fundament der Sicherheit in Europa.

Dies zu sehen, aber heißt auch zu sehen, dass wir uns über die geistigen Grundlagen dieses Europa einig werden müssen. Europa, wie ich es sehe, ist abendländisch. Es hat seine Wurzeln in der Antike, im Christentum und Judentum und seinen modernen Ausgangspunkt in der Aufklärung - einer Aufklärung, die selbstkritisch, d.h. im Sinne etwa von Rousseau und Kant noch über sich selbst aufgeklärt ist.

Im Islam finden sie diese Aufklärung nicht (da ich an einer Universität spreche, darf ich das sagen). Das würde ihn weder besser noch schlechter machen, wenn man in ihm nur eine Religion sehen könnte. Doch der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern auch ein

Modell für Gesellschaft und Staat. Und eben dieses Modell ist aus meiner Sicht mit Gründen nicht akzeptabel. Manche Politikwissenschaftler, wie Bassam Tibi (ein gebürtiger Syrer und Moslem, der an der Universität Göttingen lehrt) sprechen davon, dass ein „europäischer“, gar „deutscher Islam“ möglich sei. Ich weiß nicht, ob das gelingt. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass wir die Dinge nicht bessern werden, wenn wir sie laufen lassen. Wir müssen Grenzen ziehen und – nicht zuletzt aus Sicherheitsgründen - die intellektuellen Grundlagen von Europa bestimmen: eines Europa, das weit mehr ist als nur eine Wirtschafts- und Handelsgemeinschaft, das zusammengedrückt ist und alle Probleme der Welt wie in einem Focus in sich zusammenträgt. Es gilt, einen Weg zu finden, auf dem die Menschen die Zukunft friedlich und erfolgreich miteinander gestalten können, gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Das wird uns nicht möglich sein, wenn es keine Klarheit und Einigkeit über die geistigen und kulturellen Grundlagen gibt.

Ich fasse diesen zweiten Punkt kurz zusammen: Klug den Herausforderungen des Terrorismus begegnen, das Umfeld erreichen und die Menschen durch Integration zu Partnern für Sicherheit in unseren Ländern machen, das ist, worum es uns gehen muss.

3. Herausforderung „Kriminalität“

Klassisch bedeutet Sicherheit natürlich immer auch noch Sicherheit vor Kriminalität. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass der Terrorismus gerade auch in den nonaligned-Bereichen die Verbindung zur Organisierten Kriminalität unterhält, einer Kriminalitätsform, bei der (nach offizieller Definition) mehrere Personen aus Gewinn- oder Machtstreben heraus planmäßig Straftaten begehen und dazu entweder (als Mittel) gewerbliche oder geschäftsähnliche Strukturen oder Gewalt oder die Einflussnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft anwenden. Es ist klar, dass wir im erweiterten Europa größere Probleme haben werden, diese Art der Kriminalität zu bekämpfen, da mit den Binnengrenzen auch die Kontrollen weggefallen sind. Hinzu kommt, dass Polizei, Recht, Justiz in aller Regel als Kernbereiche nationaler Souveränität gelten, sich Sicherheit in der EU aber nicht mehr regional und national, sondern nur noch in einer europäischen Lösung erreichen lässt.

Doch wie diese Lösung auszusehen hat, eben das wird seit dreißig Jahren nur erst diskutiert. Natürlich benötigt man Zeit, um abzuklären, welche Rechte dem Bürger und welche der Polizei zuzugestehen sind und wie das Justizsystem auszusehen hat, damit Europa ein Raum des Friedens, des Rechts und der Freiheit wird. Doch die Fortschritte, die wir bei der Umsetzung - z.B. mit der Einrichtung eines Europäischen Haftbefehls, mit Europol und dem Abkommen von Schengen - erzielt haben, sind vergleichsweise klein. Zu Schengen möchte ich noch ein paar Bemerkungen machen: „Schengen“ – der Name eines luxemburgischen Ortes, in dem 1985 (von Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg) ein Abkommen unterzeichnet wurde, das ein unproblematisches und zügiges Reisen garantieren soll - steht heute für eine ‚Philosophie‘: die Philosophie, die Binnengrenzen aufzunehmen und die Außengrenzen zu sichern. Die größte Schengen-Außengrenze liegt heute in Hessen. Das mag verwundern, da Hessen ringsum ja sozusagen von Deutschland umgeben ist. Und doch liegt sie hier: am Flughafen Frankfurt am Main. Von daher haben wir einige Erfahrung mit der Umsetzung des Schengen-Abkommens, wenn natürlich auch Außengrenzen, die mehrere Staaten verbinden, andere Fragen stellen: Hier verlangt die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, dass erstens die Polizeien möglichst früh schon kooperieren und zweitens Informationen über die Art der jeweils vorhandenen organisierten Kriminalität sowie über die Personen, die ins Land kommen, abrufen können. Letzteres ermöglicht das so genannte „Schengen-Informationssystem“ (SIS), auf das allen EU-Länder Zugriff haben – zumindest in der Theorie (in der Praxis gibt es noch Probleme). Ich kann berichten, dass es in Hessen inzwischen jedem Polizeibeamten möglich ist, dieses System zu nutzen. Darauf sind wir sehr stolz. Aber natürlich wissen wir auch, dass die Einrichtung dieses Systems die praktische polizeiliche Arbeit, nicht zuletzt eine enge, auch enge internationale Zusammenarbeit der Polizeien zur Voraussetzung hat, aus der es die Daten bekommt (sie zwischen Hessen und Ungarn zu vertiefen und zu regeln, dazu sind wir unter anderem hier). Und wir wissen, dass seine Einrichtung in Europa zu großen Aufwendungen führt und auch eine Reihe Schwierigkeiten nach sich zieht. So etwa wirkt sich das Schengen-Abkommen auf dem Kontinent durchaus auch trennend aus: Manche Staaten wie Ungarn, die einst aufgrund von Grenzziehungen - im Falle Ungarns etwa nach dem Friedensvertrag von Trianon am 4. Juni 1920

und nach dem Zweiten Weltkrieg – Bürger an anderen Staaten verloren haben (an Rumänien, die Slowakei, an Serbien resp. die Woiwodina), müssen nach dem Beitritt zur EU erleben, dass diese Bürger jetzt (mit dem Schengen-Abkommen) gleichsam vor einer Mauer stehen. Und doch sage ich ganz klar: Wir können auf den Schengen-Standard nicht verzichten. Wir können es nicht, wenn wir bedenken, dass heute noch immer ca. 1000 Personen pro Tag illegal in den Schengen-Raum eingeschleust und auf diese Weise Milliarden an Geldern hin und her geschoben werden unter Beteiligung von staatlichen Stellen und Organisationen, von denen wir nicht so genau wissen, wie wir sie einschätzen sollen. Dies gilt vor allem im Bereich der ehemaligen Sowjetunion, wo nicht immer klar ist – und ich scheue mich nicht, das einmal deutlich zu sagen – auf welcher Seite wer eigentlich steht.

Wollen wir uns nicht noch mehr organisierte Kriminalität in den Schengen-Raum hereinholen, dann müssen wir die Standards einhalten. Ich sage dies, obwohl ich weiß, dass es für die neuen Beitrittsländer nicht einfach sein wird, die Außengrenzen den Schengen-Standards anzupassen und wir in wenigen Jahren, 2007, vor einer weiteren Klippe stehen werden, falls Rumänien und Bulgarien in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen werden.

Meine Damen und Herren, die sicherheitspolitischen Anforderungen an die erweiterte Europäische Union sind, im Großen wie im Kleinen, gewaltig. Manchmal mag man sich fragen, ob wir es schaffen. Doch grundsätzlichen Zweifeln halte ich entgegen, dass es für uns in Deutschland vor noch gar nicht so langer Zeit leichter war, nach Hawaii zu fahren als 60 Km weiter nach Osten. Noch niemals zuvor hatten wir so viele Chancen, in Frieden und Freiheit und vielleicht auch in Freundschaft unsere Probleme zu lösen. Keine Generation vor uns konnte ohne Krieg, Gefangenschaft und Leid die Zukunft gestalten. Ich sage dies vor allem denen, die jetzt hier studieren: Es liegt auch an Ihnen, diese Chance wahrzunehmen: nicht zaghaft und mit Angst, sondern - mutig, klug und mit Herz - mit einer Vision.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.